

Danziger Zeitung.

No 9447.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettlerstraße No. 4) und auswärts bei allen Kaiserlichen Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 M 50 H. — Auswärts 5 M. — Inserate, pro Petit-Zeile 20 H., nehmen an: in Berlin: G. Albrecht, A. Neumeyer und Rud. Hoffe; in Leipzig: Eugen Fort und G. Engler; in Hamburg: Hansen und Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schäfer.

1875.

Telegramm der Danziger Zeitung.

Berlin, 23. Novbr. Der Reichstag genehmigte in zweiter Lesung des Reichshaushalts-Etats die Einnahmen und die fortwährenden und einmaligen Ausgaben des Reichskanzleramts und des auswärtigen Amts nach unerheblicher Debatte. Auf eine Anfrage erklärte Bundes-Commissar Philippborn, daß Verhandlungen mit Schweden wegen des Abschlusses eines Handels- und Schiffsahrts-Vertrags gescheitert hätten, sie seien aber unterbrochen und jetzt in nicht lebhaftem Gange; er hoffe auf eine baldige günstigere Entwicklung.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Verailles, 22. Novbr. In der heutigen Sitzung der Commission zur Vorberatung des Prehaushaltentwurfes waren die Minister Buffet und Dufaure erschienen. Letzterer verteidigte den Gesetzentwurf im Ganzen; Buffet führte aus, der Belagerungszustand müsse in den großen Centren Frankreichs aufrecht erhalten bleiben, um jede Unregelmäßigkeit bei den bevorstehenden Wahlen zu verhindern. Es herrschten noch viele heftige Leidenschaften in Frankreich und gegen diese müßte die Regierung bewacht sein. Sie würde sich übrigens des Belagerungszustandes nur im äußersten Nothfalle bedienen. Die Organisation radicaler Comités als eine ernsthafte sociale Gefahr.

St. C. Die Schiffsunfälle an der deutschen Küste in den Jahren 1867—1873.

Noch immer scheitern in Folge der Stürme und der durch sie in Aufsehr versetzten Fluthen alljährlich eine große Anzahl Schiffe, jedoch nur selten auf offenem Meere, in der Regel vielmehr Angesichts der Küste und häufig nahe dem Bestimmungshafen. Mit dem Untergang des Schiffes geht ausnahmslos ein großer Theil menschlicher Arbeit, Mühe und Hoffnung, gehen nicht selten zahlreich Menschenleben verloren. Es ist deshalb ein das Menschengeist würgendes Streben, auf immer vollkommenere Mittel zur Beseitigung solcher Gefahren und Verluste zu finden. Hierzu ist erforderlich, daß zunächst die der Seeschiffahrt drohenden Gefahren in ihrer Vollständigkeit und ihren sämtlichen Einzelheiten erkannt werden. Nur aus der Beobachtung einer großen Anzahl von Fällen nach den verschiedenen Gesichtspunkten läßt sich bestimmen, welche Ursachen die Seeschiffunfälle bedingen und wodurch sie in Zukunft, wenn auch nicht beseitigt, so doch thunlichst verringert werden können.

Das Verdienst, die Erhebung einer möglichst genauen, vergleichbaren und regelmäßig fortgesetzten Seeschiffunfälle-Statistik für Preußen wiederholt angestrebt, ausgeführt und die daraus gewonnenen Resultate veröffentlicht zu haben, muß dem Königl. statistischen Bureau zuerkannt werden, welches in den im Jahrgang 1869 und 1873 (S. 361 beym. 257 ff.) seiner Zeitschrift veröffentlichten Aufzügen über diese Frage eingehende Mittheilungen gemacht hat.

Nach den dort veröffentlichten Uebersichten erlitten in der sechsjährigen Periode von 1867 bis 1873 im Ganzen 640 Schiffe an den preussischen Küsten Unfälle. Hiervon treffen 327 Fälle (51 pSt.) auf die Nordsee und 313 Fälle (49 pSt.) auf die Ostsee, während die Küstenentwicklung für erstere nur 399,75 Kilometer, für letztere dagegen 1212,75 Kilometer beträgt. Die meisten Unfälle kamen im Jahre 1867 vor (141 Fälle), nämlich 62 in der Nordsee und 79 in der Ostsee; die

wenigsten ereigneten sich im Jahre 1871 (78 Fälle), nämlich 35 in der Nordsee und 43 in der Ostsee.

Wenn man die beiden Meere getrennt betrachtet, so ergibt sich für die Nordsee die größte Zahl der Unfälle im Jahre 1870 mit 89, die geringste Verlustziffer im Jahre 1872 mit 21 Fällen; für die Ostsee dagegen zeigt das Jahr 1867 mit 79 Fällen die größte und das Jahr 1870 mit 26 Fällen die geringste Anzahl von Schiffsunfällen.

Unter den einzelnen Bezirken der preussischen Seeküste tritt die Provinz Schleswig-Holstein durch die bedeutende Zahl ihrer Unfälle hervor, da hier im Laufe der genannten Jahre allein 237 Schiffe zu Schaden kamen, mithin mehr als ein Drittel derer, die überhaupt an der preussischen Küste verunglückten.

Was die Staatsangehörigkeit der verunglückten 640 Schiffe betrifft, so konnte dieselbe von 8 Schiffen nicht festgestellt werden; von 632 Schiffen bekannter Nationalität gehörten 368 oder 58 pSt. dem Deutschen Reiche an, 15 pSt. waren britische, 10,1 pSt. schwedische und norwegische, 7 pSt. niederländische, 5,2 pSt. dänische und 2 pSt. russische. Außerdem sind in der vorbezeichneten 6-jährigen Periode noch 4 französische, 4 nordamerikanische, 2 spanische, 1 griechische und 1 italienische Schiffe an der preussischen Küste beschädigt worden.

Der Gattung nach wurden 35 Dampfer und 605 Segelschiffe beschädigt, mithin durchschnittlich in jedem Jahr 6 Dampfer und 101 Segelschiffe. Das Verhältniß würde sich für die Dampfer günstiger stellen, wenn nicht im Jahre 1870 in Folge der durch den Krieg gebotenen Vorsichts-Maßregeln 12 Dampfer vor der Elbmündung zu Schaden gekommen wären, wodurch die Zahl der im genannten Jahre verunglückten Dampfer die ungewöhnliche Höhe von 14 Fahrzeugen erreichte, während im Durchschnitt der übrigen fünf Jahre nur 4 Dampfer jährlich verunglückten.

Unter den 559 Fällen, in welchen die Zahl der an Bord gefahrenen Personen festgestellt werden konnte und zu 3242 Personen (einschließlich von 48 Passagieren) ermittelt worden ist, befanden sich 17 Schiffe ohne Besatzung. Die verbleibenden 542 Schiffe hatten demnach durchschnittlich 6 Personen an Bord.

Was die Jahreszeiten anbelangt, so hat sich im Monat November mit 215 Fällen fast als genau ebenso unheilbringend für die Schiffahrt erwiesen, wie die sechs Sommermonate April bis September zusammengenommen, die nur einen Schiffsunfall mehr im Verlauf der sechsjährigen Periode ergeben haben. Zunächst dem November stehen in Bezug auf die Zahl der Unfälle die Monate: October (72), September (69), Dezember (65) und April (49). Die wenigsten Schiffsunfälle waren im Juni (19) und Januar (20) zu beklagen.

Die Art der Schiffsunfälle ist bei den weitaus meisten als „Stranden“ bezeichnet worden, nämlich bei 303 Fällen oder 50,2 % der überhaupt ihrer Art nach bekannten Unfälle; demnach wurden 78 Fälle oder 12,9 % als „gescheitert, zerstückt“, 45 Fälle oder 7,4 % als „Seemurden“ und 41 Fälle (6,8 %) als „absichtliches Festsetzen“ bezeichnet. In 33 Fällen oder 5,4 %, (darunter allein 18 an der Westküste von Schleswig-Holstein überhaupt, bezw. 12 im Jahre 1870) war Zusammenstoß die Veranlassung des Schiffsunfalls.

Die bis zum Jahre 1872 vom königl. preussischen statistischen Bureau vorgenommenen Erhebungen über die Schiffsunfälle-Statistik werden seit dem Jahre 1873 in Folge der von der Commission

zur weiteren Ausbildung der Statistik des deutschen Zollvereins gefaßten und vom Bundesrathe genehmigten Beschlüsse vom kaiserlich statistischen Amt fortgesetzt und sollen sich auf sämtliche Schiffsunfälle an den deutschen Küsten und bis auf 200 Seemeilen ins Meer, sowie auf die mit dem Meere in Verbindung stehenden Binnengewässer erstrecken.

Nach den von der vorbezeichneten Behörde im XIII. Bande der „Statistik des Deutschen Reichs“ veröffentlichten Daten ereigneten sich im Jahre 1873 an der deutschen Küste 149 Schiffsunfälle; davon waren 106 Strandungen, 6 Schiffe kenterten, 9 sanken, 13 wurden von andern Unfällen betroffen und 15 collidirten. Auf diesen Schiffen befanden sich im ganzen 876 Mann Besatzung und 133 Passagiere, also 1009 Personen, von denen 57 bei den Schiffsunfällen nachweislich ihr Leben verloren haben. Von den Verlusten an Menschenleben fallen je 21 auf gekenterte und gekenterte Schiffe, je 2 auf gesunkene beziehungsweise durch Collision beschädigte und 11 auf Schiffe, die durch andere Unfälle zu Schaden kamen. Von den an Bord befindlichen Personen verloren in 8 Fällen sämtliche, in 8 Fällen nur ein Theil der Menschen ihr Leben, in 81 Fällen wurden sämtliche Personen gerettet, 50 Fälle waren ohne Gefahr für Menschenleben, und in 2 Fällen wurde das Schicksal der Besatzung nicht bekannt. Ueberhaupt waren von sämtlichen an Bord gefahrenen Personen 46,4 % ohne Gefahr, gerettet wurden 48,0 % und 5,6 % verloren das Leben.

Die Zahl der Geretteten beträgt 484; hiervon retteten sich:

durch die eigenen Schiffsboote	136 Personen,
sonst durch Selbsthilfe	32 „
zusammen	168 Personen;
durch fremde Hilfe dagegen wurden gerettet:	
durch Booten allein	20 Personen,
„ Strandbewohner allein	34 „
„ Fischer, Schiffsbesatz. u. f. w.	163 „
„ Rettungsboote	88 „
„ Kasernenapparate	11 „
zusammen	316 Personen.

Mit Berücksichtigung der bei den Collisionen beteiligten Schiffe erlitten überhaupt 160 Schiffe Unfälle; unter diesen waren 99 deutsche und 60 ausländische, 5 waren unbekannter Nationalität. Auf die Ostseeküste fielen 60 Schiffe oder 37,5 Proc., auf die Nordseeküste 100 Schiffe oder 62,5 Proc. der Gesamtzahl aller Schiffe.

Die Zerlegung der gesamten deutschen Küste in mehrere Abschnitte, nach natürlichen Grenzen, ergibt für nachstehende Küstenstrecken folgende Zahlen der Schiffsunfälle:

	Schiffe.
1. Nimmersatt (Russ. Grenze)	
bis Bristerort	3
2. Bristerort bis Neutrug	2
3. Neutrug bis Righöft	9
4. Righöft bis Hoff	12
5. Hoff bis Arcona	7
6. Arcona bis Arensee	8
7. Arensee bis Dahmeshöft	8
8. Dahmeshöft bis Birtnakke	11
9. Birtnakke bis Heilsumbe (dänische Grenze)	0
10. Raahbe (dänische Grenze) bis Nachhörn	11
11. Nachhörn bis Neuwert	53
12. Neuwert bis Schilligshörn	9
13. Schilligshörn bis Vortum (niederländische Grenze)	27

stärkung rechnen können, als damit auch dem großen kausenden, schenkenden Publikum ein wesentlicher Dienst erwiesen wird.

Die artistische Anstalt von Gustav W. Seitz in Wandsee bei Hamburg arbeitet auf allen verschiedenen Gebieten der coloristischen Reproduction mit großem Erfolge. Am bekanntesten, beliebtesten und verbreitetsten unter allen Blättern ihres Verlags sind jedenfalls die „Nildbilder“ von Prof. Carl Werner. Von diesen erschien die letzte Lieferung, welche den Abschluß des ganzen Sammelwerks bildet, vier Aquarelle: „Ruinen des Tempels von Karnak“, „Bazar von Ginch“, „Nilufer bei Beni-Sueff“, „Ansicht der Insel Philä“. Die scharfe und feine Charakteristik des Künstlers, die Treue des Colorits und die meisterhafte Technik, welche seine Arbeiten auszeichnet, giebt diesen Blättern nicht nur ein hohes künstlerisches Interesse, es verleihen derartige Vorzüge ihnen außerdem auch noch besonderen Werth als Vorlageblätter zum Copiren. Was die Originale auszeichnet, ist auf dem Wege der Reproduction nicht verloren gegangen. Der competenteste und auf die eigenthümlichen Vorzüge der Original-Aquarelle eifersüchtigste Beurtheiler der chromolithographischen Nachbildungen, der Maler selbst sagt von diesen letzten vier Facsimile-Blättern: „Ich halte sie für das Beste, was überhaupt erschienen. Eine richtige Auffassung, eine verständnißvolle Behandlung der Farbengebung und eleganter Vortrag treten besonders hervor und haben sofort meinen vollen Beifall hervorgerufen.“ Es besteht die ganze, jetzt vollendete Collection der Nildbilder aus 24 Blättern zu Preisen von 7—15 M., gemeinsam mit erläutern dem Texte versehen, kosten sie 240 M., ein Preis, der vielleicht Manchem hoch erscheint, aber doch höchstens denjenigen von 3—4 Original-Aquarellen dieser Größe erreicht. Zur eigenen Kunstübung giebt die Anstalt an malen die Dile-

Deutschland.

△ Berlin, 22. Novbr. Der Bundesrath hielt heute Nachmittag im Reichstage eine Plenarsitzung von 1½ stündiger Dauer unter dem Vorsitz des f. bayerischen Justizministers Dr. v. Faurle. Nach den einleitenden Geschäften folgte die Mittheilung eines Schreibens des Präsidenten des Reichstages, betreffend die Beschlüsse des Reichstags zu dem Entwurfe eines Gesetzes über die Befestigung von Anstaltungsstellen bei Viehhöfen, die Vermeidung von Eisenbahnunfällen, den vom Reichstage unverändert angenommenen Gesetzentwurf über die Entschädigung der Inhaber veräußerter Stellen im Justizdienst von Ersatz-Lothringen. Vorlagen betreffend die Pensionen für Wittwen und Waisen von Reichsbeamten u. f. w., den Nachweis über die Verwendung der zum Retablissement des Heeres bestimmten Fonds; die Festsetzung der zur Umwechslung von Reichsgoldmünzen gegen Silber- u. Münzen verpflichteten Kassen; die Entwürfe von Gesetzen über weitere Verwendungen zum Retablissement, über weitere Verwendungen aus der französischen Kriegskostenentschädigung und über die Erwerbung eines Schießplatzes, zu Kasernenbauten u. f. w. wurden den Ausschüssen überwiesen. Der zweite Bericht der Reichsschulden-Commission über die Verwaltung der unter ihrer Aufsicht stehenden Fonds wurde angenommen. Ebenso die Vorlagen betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Beförderung und Beschäftigung eingeborener polynesischer Arbeiter und den Entwurf eines Gesetzes wegen der Anzeigepflicht bei dem Auftreten gemeingefährlicher Krankheiten nach den Ausfuhranträgen. Den Schluß machte die Vorlegung von Eingaben.

N. Berlin, 22. Novbr. Die Hilfskassen-Commission hat am 20. und 22. Nov. Sitzungen gehalten. In § 5 des Hilfskassengesetzes wurde auf Antrag Barinus beschlossen, die Worte „juristische Person“ zu streichen und inhaltlich zu erklären. Zu § 6 nahm man einen Zusatz an, nach welchem der Beitritt zu einer gegenseitigen Hilfskasse, außer durch schriftliche Erklärung, auch durch eine Erklärung vor dem Kassenvorstand erfolgen kann. Der zweite Satz des § 6 lautet: „Den Mitgliedern darf die Betheiligung an andern Gesellschaften oder Vereinen nicht zur Bedingung gestellt, sowie die Verpflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit dem Kassenzweck in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden.“ Hierüber entstand eine lange Debatte. Abg. Schmidt beantragte Streichung des ganzen Satzes, Abg. Oppenheim der Worte „die Betheiligung“ — werden.“ Die Streichung des ganzen Absatzes scheint keine endgültige Entscheidung zu sein, zumal bei § 15 die Frage wieder aufgenommen werden muß und mehrere Mitglieder der Ansicht waren, daß § 15 der eigentliche Sitz der Materie sei. Zu § 7 war vom Abg. Schmidt der Beifall aller Kassenfristen beantragt, vom Abg. Oppenheim dieser Beifall nur im Fall des Vorhandenseins eines Eintrittsgeldes, sonst eventuell ein Maximum von 3 Wochen Kassenfrist. Schließlich siegte ein Antrag Grumbrecht auf 6 Wochen maximaler Kassenfrist. Der zweite Absatz, nach welchem für die erste Woche nach dem Beginne einer Krankheit die Gewährung einer Unterstützung ausgeschlossen werden kann, wurde im Interesse der Unterstützungsberechtigten etwas modificirt. Der dritte Absatz, nach welchem der Ausfluß der Unterstützung in Fällen bestimmter Krankheiten unzulässig ist, wurde nach mehreren Anträgen dahin abgeändert, daß der Fall grober Verschuldung den Unter-

3 Aquarell- und Delbild-Reproductionen.

Die neuerdings in hohem Grade vervollkommneten Kunst, Werke der Malerei durch Farbenruck zu vervielfältigen, bereichert unsere Häuslichkeit mit manchem schönen Schmucke, den sonst nur die Reiche zu erwerben im Stande war. Wir wollen damit durchaus nicht den früher beliebten Delbrud-Wildern das Wort reden. Diese Reproductionen, die, in Colbraumen gefaßt, eine Täuschung hervorbringen, für wirkliche Delgemälde gelten sollten, sind niemals nach unserem Geschmacke gewesen. Ebenso wendet der Gourmand sich verdrüsslich weg, wenn man ihm eine Flasche nachgemachten Champagner für echten Sect anbieten will, aber ein Glas Hauenthaler moussure, sparkling Hock unter selbstständiger Firma und selbstständigem Charakter wird er nicht verschmähen. Die Kunst des Aquarell- und des Delbruds hat erhebliche Fortschritte gemacht, es fällt indessen den artistischen Anstalten, die derartigen liefern, durchaus nicht mehr ein, dem besseren Publikum ihre Arbeiten als Delgemälde-Surrogate verkaufen zu wollen. Diese, die Prinzen und Feldhern, Kriegsszenen und Genrebilder sind jetzt aus Land hinaus gewandert, wo sie noch immer Glück zu machen scheinen. Deshalb verzichtet die Kunstindustrie indessen keineswegs auf Copien guter und effectvoller Delbilder. Aber sie verliert nicht mehr zu täuschen, sie giebt den Sachen einen breiten weißen Rand, behandelt sie höchstens wie Studien oder Skizzen, eigentlich aber als das was sie sind, als Farbenruck.

Eine seiner hauptsächlichsten Aufgaben findet der künstlerisch ausgebildete Farbenruck indessen in der Wiedergabe von Aquarellen. Hier vermag die handwerksmäßig vervielfältigende Technik sich fast bis zur Höhe der wirklichen Kunst aufzuschwingen; sie kommt, wenigstens was den Eindruck betrifft, mit ihren Copien den Originalen sehr nahe. Die Delmalerei aber besitzt gewisse Geheimnisse,

verfügt über gewisse Wirkungen, die ihr allein eigenthümlich sind. Die frühere gelehrte Manier, die feinen Lapunen hätte der Druck vielleicht mit Erfolg nachzuahmen versuchen dürfen, aber nimmermehr kann es gelingen, die pastose Farbengebung, die flotte Pinselführung, die kräftig realistische Anfertigung der Coloristen durch einen nüchternen, flachen, bunten Druck in Farben wiederzugeben. Und wenn die Farben allenthalben auch noch gelangen, so wären Luft und Licht eines guten Delbildes niemals durch den Druck auch nur annähernd zu erreichen. Deshalb verzichtet man bei derartigen Reproductionen auch meist auf Landschaften und wendet die Kunstfertigkeit des Delbruds vornehmlich für Porträts, Heiligenbilder und Personengruppen an. Die Aquarelle hat der Farbenruck fast vollständig überlebt. Der Techniker derselben vermag er zu folgen bis in die feinste Einzelheit, hier scheut er auch nicht zurück vor Wiedergabe der feinsten Wirkungen von Luft und Licht, für den momentanen Genuß ersetzt da die Copie völlig das Original.

Da nun gute Aquarellen hohe Preise erzielen, vermochte der minder Wohlhabende sich die Blätter berühmter Meister niemals anzuschaffen. Erst durch den Farbenruck sind diese Arbeiten populär geworden und da das Original doch immer nur einer besitzen kann, begnügen selbst diejenigen, welche solches allenthalben bezahlen könnten, sich damit, ihre Mappen und Zimmer mit Facsimiles zu schmücken, welche auf diesem Gebiete eine derartige Bezeichnung mit Recht verdienen. Die Aquarellen von Ebnard Hilbrandt sind auf diese Weise bekanntlich Eigenthum der ganzen Welt geworden. Es giebt aber andere Meister, deren Aquarellblätter eine solche Popularisirung ebenfalls verdienen. Wir erinnern nur an Männer wie Rudolph Alt, wie Bassini, Corrodi. Jedes Bemühen, die Arbeiten dieser und anderer Künstler zum Gemeingut der ganzen Nation zu machen, wird um so eher auf Unter-

tanten Contouren auf Aquarellpapier ab, zum Copiren geeignet, das Blatt für 40 Reichspfennige. Dilettirende Aquarellisten erhalten also hier für einen geringen Preis vortreffliche Unterstü-

Jedenfalls erscheinen diese Nil-Aquarellen, in denen die reine, heiße Luft, das laue klare Wasser, die Intensität der Farben, welche dem Nilande eigenthümlich sind, mit außerordentlicher Wirkung zur künstlerischen Erscheinung gebracht worden, als das Höchste und Beste, was die Anstalt von Seitz zu leisten vermag. Ihr Vorrath ist indessen reichhaltig und weist Reproductionen aller Art auf. Die Schweizerlandschaften von Mosengel gemalt, chromographisch reproducirt, wollen wohl weniger als selbstständige Delgemälde, als vielmehr für freundliche Erinnerungsblätter gelten und diesen Zweck erfüllen die effectvoll aufgenommenen und durch die Technik der Anstalt vortrefflich wiedergegebenen Landschaften vollständig. Was die Kunst des Farbenbrucks auf diesem Gebiete leisten kann, ist hier erreicht. Und da die landschaftlichen Blätter keineswegs mit der Präntion von Delgemälden, sondern nur als Skizzen auftreten, so wird man anerkennen müssen, daß auch sie dem Beschauer das Mögliche gewähren. Die Delstiche ist nicht anspruchsvoll, sie will nicht als ein selbstständig ausgeführtes Kunstwerk gelten, sondern nur als eine Improvisation, um momentane Eindrücke zu fixiren. Und dies erstrebt auch die Chromographie nicht vergeblich, besonders wenn sie es zu so hoher Vervollkommnung gebracht hat, wie in der Anstalt von Seitz.

Ein Thierstück von de Haas: „Der umgestürzte Eimer“ giebt uns ein reproducirtes Delgemälde. Wir haben bereits bemerkt, daß die Chromolithographie sich bei eigentlichen Delbildern noch am ersten an Figuren, an menschliche oder Thiergestalten wagen könne. Was sie überhaupt in der Wiedergabe von Delgemälden vermag, ist auf diesem Blatte ge-

Regierungsanspruch „auszuüben“ kann. §§ 8 bis 10 wurden unverändert angenommen. Die X. Commission beriet am Sonnabend Abend die §§ 8 bis 10 des Musterstempelgesetzes. Der § 8 beauftragt die Handelsgerichte mit der Führung des Musterregisters, läßt die Deposition, offen und versiegelt, einzeln und im Paket mit 50 Mustern zu. Der Gegenstand, eine Centralstelle in Leipzig oder Berlin zur Registerführung zu errichten, erhielt nur drei Stimmen. Auch die Anträge des Referenten Dr. Behrenspennig, nur Pakete mit 10 Nummern zuzulassen, um bei der Zahlung der Gebühren keine zu große Ungleichheit in der Behandlung der Fabrikanten herbeizuführen, ferner der Antrag des Referenten: „Ein Jahr nach der Hinterlegung werden die versiegelten Muster oder Modelle von der Behörde geöffnet“; endlich der Antrag des Dr. Braun: „Zu Anfang jedes Monats haben die Anmeldebehörden einen Nachweis über die im vorhergehenden Monat angemeldeten Muster und Modelle dem Handelsgericht in Leipzig vorzulegen, welches die Veröffentlichung in einem Centralblatt verfügt“, — alle diese Anträge fielen gegen eine mehr oder minder starke Mehrheit der Commission. Angenommen wurde nur der Antrag v. Könneritz, wonach die Entfiegelung bei Verlängerung der Schutzfrist, also erst nach 5 Jahren geschehen soll. Die beiden folgenden Paragraphen sind nur Folgen der früher angenommenen Prinzipien und wurden mit einigen formellen Änderungen genehmigt.

§ Nach dem Gesetze vom 16. Februar 1875 über die für das Retablissement des Heeres zu leistenden Ausgaben sollte spätestens bei der Beratung des Etats für 1876 dem Reichstag über die bis dahin stattgehabte Ausführung der betr. gesetzlichen Bestimmungen Rechenschaft gegeben werden und, insofern am Ende des Jahres 1875 der aus der französischen Kriegskostenentschädigung zu diesem Zwecke ausgeschleubte Betrag von 320 540 430 M. nicht zur Verwendung gelangt ist, gesetzliche Anordnungen darüber vorbehalten bleiben. Diese Rechenschaft ist jetzt durch eine Uebersicht über die im Jahre 1874 verwandten Retablissementsgelder und durch eine Denkschrift über die für 1875 zu leistenden Ausgaben abgelegt. Es sind danach bis zum Schlusse des Jahres 1874 überhaupt 168 800 632,0 M. definitiv verrechnet, ferner innerhalb des Jahres 1875: 16 965 438,96 M. zur Verrechnung gelangen werden, so daß die rechnungsmäßigen Ausgaben für das Retablissement am Schlusse des Jahres 1875 einen Gesamtbetrag von 285 766 071 M. erreichen und demnach noch überhaupt 34 774 359 M. unverrechnet bleiben würden, wovon 34 505 359 M. für 1876, 269 000 M. für 1877 und weiter zur Veranschlagung gelangen dürften. Der am Schlusse des Jahres 1874 aus der gesetzlichen Bewilligung von 320 540 430,00 M., abzüglich der bis dahin verrechneten 168 800 632,04 M. verbliebene Ausgabereist von 151 739 797,96 M. ist in Rechnung für 1875 als Resten-Soll übernommen worden, und es wird demgemäß dessen weitere Abwicklung zunächst in der Rechnung dieses Jahres ihren geordneten Nachweis finden. Der am Schlusse des Jahres 1875 aus diesem Resten-Soll noch verbleibende, auf 34 774 359 M. veranschlagte Betrag bildet einen rechnungsmäßigen Bestand, über welchen im Sinne des Retablissements-Bedarfsüberschlages bereits bestimmte Dispositionen getroffen sind. Hierzu gehört u. A. auch ein Bestand von 439 000 M. zu den Kosten für Badereisen, Brunnenturen, klimatische Kuren und sonstige Heilversuche für verwundete und auch während oder in Folge des Krieges erkrankte Offiziere und Beamte u. s. w. Dieser Bestand muß, wie die Denkschrift ausführt, reservirt bleiben, weil die Erfahrung erwiesen hat, daß bei derartigen Verwundungen in sehr vielen Fällen erst nach einer Reihe von Jahren und durch wiederholten Kurgebrauch die Wiederherstellung der Gesundheit bezw. die Beseitigung der Folgen schwerer Verwundungen zu erwarten ist. Außerdem kommt auch in Betracht, daß die für Verwundete und Kranke aus dem Kriege 1870/71 bestehenden milden Stiftungen nicht die Mittel besitzen, um im Hinblick auf die Menge berechtigter, anderweiter Ansprüche auch den Offizieren und Beamten u. s. w., wenn sie zur Heilung ihrer aus dem Felde herrührenden Leiden kostspielige Kuren gebrauchen müssen, auskömmliche Beihilfen zu gewähren. Es bleibt hiernach Pflicht des Reichs, Fürsorge für diejenigen Leidenden zu treffen, die im Kriegsdienste ihre Gesundheit geschädigt, wenn nicht geopfert haben.

— Die Kommission zur Prüfung des Landeshaushalts-Etats von Elsaß-Lothringen für

1876 ist gewählt und hat sich unter dem Vorsitz des Abg. Schenk von Stauffenberg constituirt; sein Stellvertreter ist Dunder, Schriftführer sind v. Krefler und Blum.

— Der Fürst-Reichsanzler wurde gestern Nachmittag von dem Kaiser im Königl. Palais empfangen.

— Der Wiener „Vol. Corr.“ wird aus Berlin geschrieben: Wie man hört, werden die juristischen Erörterungen, ob gegen den Grafen Arnim wegen der unzweifelhaft von ihm ausgehenden Broßhüre „Pro Nihilo“ gerichtlich vorzugehen sei, fortgesetzt. Uebrigens ist bei dieser Gelegenheit zu constatiren, daß die Einleitung eines Disziplinar-Verfahrens gegen den Grafen bereits vor dem Erscheinen der Broßhüre beschlossene Sache war, und daß dasselbe ohne die Dazwischentunft dieser Schrift in Angriff genommen worden wäre. Ob das Verfahren bereits eingeleitet ist, ist nicht bekannt. Ebenso wenig steht fest, ob eine weitere Anklage wegen Majestäts-Beleidigung, Beleidigung des Reichs-kanzlers, des auswärtigen Amtes oder wegen Landesverrats erhoben werden wird. Nur verläutet in juristischen und auch in anderen Kreisen, daß man eventuell die Anklage auf Landesverrat für die nach Lage des Falles am ehesten in Betracht kommende erklärt.

— Wie man der „Voss. Ztg.“ aus Karlsruhe schreibt, ist die Großherzogin noch immer bettlägerig und zwar in Folge jener Operation, welche Dr. v. Langenbeck aus Berlin im Beisein mehrerer Aerzte in den ersten Tagen dieses Monats an der Fürstin vorgenommen hat. Offizielle Bulletin über die Art und den Stand des Leidens der Großherzogin sind nicht auszugeben worden, ebenso wurde im Schloß selbst auf den Wunsch des Großherzogs das strengste Stillschweigen darüber beobachtet. Umstände, welche zur Entstehung mannigfacher Gerüchte, zunächst in Karlsruhe, beigetragen haben. Thatsächlich ist, daß die Großherzogin seit Mitte vorigen Monats bereits unpfählig war, daß die Operation am Unterleibe vorgenommen worden, lebensgefährlich gewesen und glücklich verlaufen ist; denn die hohe Frau befindet sich jetzt auf dem Wege völliger Genesung. Der Großherzog zeigte sich am Tage der Operation in höchstem Grade beunruhigt und erregt.

— Wie dem „B. C.“ aus Moskau geschrieben wird, hat Dr. Stroussberg gegen die Moskauer Commerz-Bank eine Klage angehängt wegen Protektion noch nicht fälliger Wechsel und damit verbundener Schädigung des Credits.

Breslau, 22. Nov. In Sachen Hoffrichters fand am Sonnabend eine Versammlung statt, in welcher eine an das Abgeordnetenhaus zu richtende Petition zur Verlesung gelangte. Nach einer kurzen Debatte, wobei der Vorschlag, ein Gnabengesuch an den Kaiser einzureichen und dem Justizminister noch eine besondere Petition zu überreichen, abgelehnt wurde, gelangte die Petition zur Annahme. Durch dieselbe ergeht an das Haus der Abgeordneten die Bitte: „dasselbe wolle dahin wirken, daß den aus der Kirche ausgeschiedenen Personen, welche sich weigern, von ihnen erforderliche Eide nach den Formeln der Religionsgemeinschaften, aus welchen sie ausgeschieden sind, zu leisten, schon jetzt gestattet werde, die Wahrheit und Richtigkeit ihrer Aussagen auf Pflicht und Gewissen zu versichern, wenn sie sich gleichzeitig den auf den Meide gesetzten Strafen für den Fall unrichtiger Versicherungen unterwerfen.“

Breslau, 22. November. An Stelle des verstorbenen Grafen Belina-Wieselski ist heute seitens der berechtigten Wähler des Wahlkreises Gnesen der Rittergutsbesitzer Leonard v. Brzeski auf Jablono zum Mitgliede des Herrenhauses gewählt worden. Der Gewählte erhielt von 15 abgegebenen Stimmen 14.

Essen, 20. Novbr. Dem Vernehmen der „Ess. Z.“ nach hat, wie auf vielen anderen Fabriken, jetzt auch bei den Arbeitern der Krupp'schen Gussstahlfabrik eine Reduction sämtlicher Löhne in der Höhe von 5-8 % stattgefunden. Bei den Accorden wird die Herabsetzung etwa 10 % betragen.

Kassel, 21. Novbr. Die Kronprinzliche Familie hat heute den Geburtstag der Kronprinzessin in aller Stille gefeiert und reist schon morgen Vormittags nach Darmstadt.

Nürnberg, 20. Novbr. Von kommenden Montag an wird bei der „Maschinenbau-Aktiengesellschaft Nürnberg“ (Cramer-Klett'sches Etablissement) die Arbeitszeit von täglich 10 Stunden auf 8 1/2 Stunden reducirt. Die Direction erklärt,

von einander unterscheiden als diese. Die Ansicht von Seiz zeigt uns von jedem einen seiner berühmtesten Köpfe, die Venus mit der Perschnur, das Mädchen mit der Nalle, den Ecce homo. Aber wer die Originale nicht kennen sollte, wird aus diesen Nachbildungen unmöglich das Charakteristische der Meister herausfinden. Hier stehen wir denn doch vor der Schranke, jenseits deren der Künstler seine Souveränität unantastbar und unübertragbar von Gottes Gnaden erhält. Man kann ihm die Formen entlehnen, kann, schon schwerer, seine Farben nachahmen suchen, dasjenige aber, was seine Schöpfungen erst zu bewundernden Kunstwerken macht, kann man ihm nicht entwinden. Vieles an diesen drei Köpfen ist sehr schön, an sich werden und müssen sie gefallen. Aber Tizian, Rembrandt und Guido hat nichts mit ihnen gemein als höchstens die äußeren Formen. Das ist keinesfalls ein Vorwurf gegen die Ansicht, welche bewiesen hat, daß sie das Vorzüglichste leisten, aber das mangelnde Gelingen einer Reproduktion jener berühmten Gemälde beweist, daß auch der Technil der Chromolithographie Grenzen gesteckt sind, welche sie nicht überschreiten sollte.

Wie der Katalog nachweist, findet sie ja innerhalb derselben noch eine ungemein reiche Verwertung ihrer Leistungsfähigkeit. Von den einfachen Genrebildern und Landschaftsfassungen für den kleinen Preis von 1 Mark zu den eleganten Prachtwerken der Blumenmonate mit Aquarell-Facsimiles, den trefflichen Skizzen der Alpenlandschaften und bis hinauf zu den großen Aquarellbildern umfaßt die Thätigkeit der Ansicht einen weiten Bereich der künstlerischen Reproduktion, an dem sie sich wohl genügen lassen dürfte. Von allen ihren Aquarell-Facsimiles verkauft sie ebenfalls Contouren zum Nachmalen auf Aquarellpapier.

daß sie lediglich zwischen umfangreichen Entlassungen oder allgemeiner Reduction der Arbeitszeit wählen könne und sich im Interesse der Arbeiter für letzteren Weg entscheide.

Bern, 19. November. Vom Bundesrath ist so eben die Commission für Prüfung des von Prof. Rüd in Zürich in seinem Auftrage ausgearbeiteten Entwurfs eines internationalen Vertrages über gleichmäßige gesetzliche Bestimmungen betreffend die Verantwortlichkeit der Eisenbahnen beim Waarentransport ernannt worden. Der Bundesrath hofft, daß die Commission ihre Beratungen bis zum Dezember vollendet haben wird, um dann sofort die Einladungen an die betreffenden Staaten zu dem abzuhaltenden internationalen Congresse erlassen zu können. — Die renitenten juristischen katholischen Geistlichen sind sämtlich an einem Tage, am 16. d. M., am Tage nach dem von der Bundesversammlung für Aufhebung des Berner Ausweisungsbefehles festgesetzten Termin, nach dem Jura zurückgekehrt. In einigen Orten war ihnen ein feierlicher Empfang bereitet, welchem die Behörden, da keine Ruhestörungen stattfanden, freien Lauf ließen, wie dies von der Regierung angeordnet war. — Der Verfassungsrath von Solothurn hat den neuen Verfassungsentwurf zu Ende gebracht. Die Artikel über die Gesetzgebungs- und Wahlrechte des Volkes lauten: „Die gesetzgebende Gewalt wird vom Volke auf dem Wege der directen Abstimmung (Referendum) über Gesetzes- und Beschlussvorlagen ausgeübt, in eidgenössischen Fragen nach Anleitung der bezüglich bündensrechtlichen Bestimmungen, in cantonalen Angelegenheiten nach den Vorschriften dieser Verfassung. In Hinsicht auf cantonale Verhältnisse unterliegen der Genehmigung des Volkes: a. die vom Cantonsrath erlassenen Gesetze und allgemein verbindlichen Beschlüsse; b. alle Cantonsrathsbeschlüsse, welche für denselben Gegenstand eine neue einmalige Gesamtausgabe von wenigstens 100 000 Fr. oder eine neue jährlich wiederkehrende Verwendung von mehr als 20 000 Fr. zur Folge haben, sofern darüber als Gesamtausgabe nicht schon eine Abstimmung stattgefunden hat; c. Schlüsse, welche der Cantonsrath von sich aus der Volksabstimmung unterbreiten will. Dem Volke steht das Vorschlagsrecht (Initiative) zu. Wenn wenigstens 2000 Stimmberechtigte den Erlass eines neuen oder die Aufhebung oder Abänderung eines bestehenden Gesetzes oder eines in die Competenz des Cantonsrathes fallenden Beschlusses verlangen, so ist derselbe gehalten, den eingereichten Vorschlag in Verathung zu ziehen und das Ergebnis der Volksabstimmung zu unterstellen. Das Volk hat das Recht, folgende Wahlen zu treffen: a. der Nationalrath nach eidgenössischen Vorschriften; b. der Ständerath, wobei die Stimmberechtigung nach den eidgenössischen Vorschriften sich richtet und der ganze Canton Solothurn einen einheitlichen Wahlkreis bildet; c. der Oberamtsmänner, Gerichtspräsidenten und Amtsschreiber, der Gerichtsschreiber nach den Amtsbezirken, unter Berücksichtigung der durch das Gesetz für diese Beamungen geforderten Eigenschaften; d. der Cantonsräthe, Amtsrichter und Amtsgerichtsuppleanten, nach den Wahlkreisen; e. der Gemeindevorsteher, Friedensrichter, Primarlehrer und Pächter, in den Gemeinden nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen; f. der Pächter durch die Confessionsangehörigen unter Vorbehalt der staatlichen Befähigung.“ Diese Sätze enthalten die Quintessenz der jetzt in den meisten Cantonen landesüblichen reinen Demokratie. (Nur die Wahl des Regierungsraths durch das Volk ist in Solothurn abgelehnt worden.)

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 20. November. Ein von den Vorständen der Katholiken an das Herrenhaus gerichtetes Memorandum hat beschriftet, wie die heutigen Blätter melden, über den civilrechtlichen Nothstand und überhaupt mangelnden Rechtsschutz der Katholiken in Oesterreich. Der Staat sei nicht berechtigt, die Anhänger der alten, bis zur Promulgation des Unfehlbarkeitsdogmas officiell als katholisch anerkannten Lehre in ihrer Stellung zum Staate als Abtrünnige zu behandeln. Dennoch, sagt das Memorandum, luche die bisherige Regierungspolitik die Katholiken in den Zustand einer nicht anerkannten Religionsgesellschaft zu drängen. Den Anhängern der vaticanischen Decrete solle die Regierung in der Weise entgegengetreten, wie sie dies zur Stunde den Katholiken gegenüber thut. „Verlassene Familien“, fährt das dem Präsidenten des Herrenhauses überreichte Schriftstück fort, „erheben laut ihren Ruf, daß es in Oesterreich keinen Rechtsschutz giebt für jene, die sich dem staatsfeindlichen Vaticanismus zu unterwerfen weigern. Dem Herrenhause wird zu bedenken gegeben, ob es für den Staat keinen Gewinn bedeute, wenn in Gemeinden, wie die altkatholischen, der vaterlandslose, von außen dirigirte, nach außen schielende Jesuitismus weggesetzt und dagegen die staatsfreundliche Gesinnung nicht von Regierungen, sondern von Systemwegen proclamirt wird.“

Frankreich.

Paris, 21. Nov. Es schien vor acht Tagen, nach dem großen Erfolge des Herrn Buffet und bei der niedergeschlagenen Stimmung der Republikaner nicht wohl denkbar, daß man der dritten Lesung des Wahlgesetzes mit so großer Spannung entgegenzusehen könne, wie das heute der Fall ist. Aber die Versammlung von Versailles bleibt ihrem Charakter bis zum Ende treu. Sie hat alle Welt und sich selber so sehr an ihre plötzlichen Schwankungen, an ihre unbefähigte Laune gewöhnt, daß man vielfach für möglich hält, sie könne sich auch jetzt wieder selbst desavouiren. So ist denn eine merkwürdige Angst in die Mehrheit vom 11. November gefahren. Obgleich diese Mehrheit so bedeutend war, daß die Abwesenheit einiger Deputirten ihr nicht viel schaden konnte, wenn nur die anderen fest hielten. Bemerkte man doch mit großer Bestürzung, daß mehrere conservative Landesvertreter ihre Koffer geschmalt haben und heimlich nach Hause gereist sind, um keinen Augenblick für die Vorbereitung ihrer Wiederwahl zu veräumen. Die Freunde der Rechten sehen diese Flüchtlinge infandig an, auf's Schnellste zurückzukehren, damit nicht wieder Alles verloren gehe. Andere halten dafür, daß die Regierung gut daran thue, sich verständlich zu zeigen, und man verstand sich schon, daß Buffet nicht abgeneigt sei, dem linken Centrum ein Zugeständnis zu

machen und das Amendement Rive-André anzunehmen. Hiervon glauben wir für's Erste nichts. Wenn der Vicepräsident des Conseils einen solchen Beschluß faßt, so geschieht das nur, weil er die Lage für kritisch hält, und soweit glaubt er die Dinge nicht gehoben; er weiß einstweilen alle von der Dreißiger-Commission angenommenen Amendements zurück, und im Cabinet hegt man größere Besorgnisse wegen des Preßgesetzes und der Senatswahl als in Betreff des Wahlgesetzes. Das Preßgesetz ist heute so allgemein verdammt, daß die Regierung nur ein Mittel sucht, es mit Anstand über Bord zu werfen, und mit den Vorberathungen zur Senatswahl ist die reactionäre Mehrheit nicht weiter gebunden als vor acht Tagen. Die Linke freilich auch nicht. Die Verfassungspartei wieder für diese Gelegenheit herzustellen, da auf haben die gemäßigten Republikaner verachtet. Die Orleansisten wollen nichts von den Radicals hören und die Radicals nichts von den Orleansisten. Bogen, der Verwalter der Güter der Orleans, hat sich veranlaßt gefühlt, in einem Briefe an die „Union“ zu erklären, daß er niemals mit Gambetta zu thun gehabt habe. „Herr Gambetta, sagt der sehr conservative „Monteu“, hat sich als ein Mann dargestellt, der wohl mit den Bonapartisten, aber nie mit den Orleansisten ein Bündnis eingehen würde. Das rechte Centrum, welches einfach constitutionell ist, hat offenbar mit der äußersten Linken nichts mehr zu schaffen. Sie wollten es nicht sagen; aber Herr Gambetta hat es dem rechten Centrum zu verstehen gegeben.“ — Die vielbesprochene Angelegenheit der Jren-Verhandlung ist gestern im Generalrath der Seine auf's Tapet gebracht worden. Wir meldeten seiner Zeit, daß die angesehensten Jrenärzte dem Seine-Präfecten ein Memorandum eingeschickt haben, worin sie sich darüber beklagen, daß man ihnen systematisch jede Möglichkeit entzieht, die Wahnsinnigen zu studiren und den jungen Aerzten durch praktische Consultationen das Studium der Jrenheilkunde zu erleichtern, daß man zu diesem Ende alle interessanten und noch heilsfähigen Patienten von Paris entfernt und sie in abgelegene Provinzial-Hospitäler schickt, und was dergleichen Schicane mehr sind. Alles auf Wunsch der Clerikalen und zur größeren Ehre des Ultramontanismus, der durch die Psychiatrie gefährliche Lehren entwickelt zu sehen fürchtet. Der Generalrath hat sich gestern der Jrenärzte angenommen und deren Gesuch, die Kranken wieder in den geräumigen und trefflich eingerichteten Anstalten von Paris unterzubringen, zu ihrem eigenen Nutzen und zum Vortheil der Wissenschaft, ward von Thulie, Clémenceau und Loiseau lebhaft unterstützt. Der Präfect J. Duval bekämpfte jedoch die Forderung und die Wiederherstellung der unterdrückten Lehrcurse der Jrenärzte. Er versetzte, sagte er, den klinischen Unterricht nur unter einer Bedingung, dieser nämlich, daß der Kranke seine Einwilligung gebe und sich freiwillig zu der Demonstration, die man an ihm vornimmt, herbeilasse. Die Wahnsinnigen können aber ihre Einwilligung nicht geben, und da sie gewissermaßen unter der Vormundschaft der Präfectur stehen, so glaubt der Präfect sich nicht berechtigt, eine Art verlebender Ausstellung ihrer Leiden zu gestatten. Mit diesem schönen Argument war begreiflicherweise der Generalrath nicht ganz zufrieden: ein Antisocialist wollte ein, daß die medicinische Erziehung ohne Unterweisung in der Klinik gar nicht bestehen kann, daß das Interesse der Wissenschaft hier mit dem Interesse der Menschlichkeit zusammenfällt. Der Präfect wollte jedoch nicht nachgeben und der Generalrath mußte sich damit begnügen, einen Wunsch nach Wiederherstellung der früheren Gebräuche zu formuliren.

Spanien.

Aus Saragosa vom 17. Novbr. schreibt man der „R. Z.“: Seit 8 Tagen befindet sich ein Abgesandter eines englischen Consortiums im carlistischen Hauptquartier, um über eine neue Anleihe von angeblich 1 000 000 D. zu unterhandeln. Wahrscheinlich um diesem Herrn eine gute Meinung von ihrer Macht beizubringen, bemühen sich die Generale, irgend einen großen Coup auszuführen. Eine Folge dieser Anstrengungen mag wohl die Schlacht bei La Poblacion sein, einer der wenigen Siege, die von den Carlisten in letzter Zeit erfochten worden sind. — In Pamplona hat ein carlistisches Bataillon den Bahnhof (vorübergehend) besetzt und zwei Locomotiven weggenommen. Das Bombardement wird mit großer Heftigkeit fortgesetzt und die Zustände in der Stadt scheinen ziemlich mifflig zu sein.

England.

London, 20. Nov. Aus den überschwemmten Gegenden kommen im Allgemeinen nunmehr günstigere Berichte. Nur im Themsethale ist das Wasser neuerdings gestiegen, sonst fließt es meist allmählich ab. Im Anschluß an das vorjährige Meeting in Kensington machte gestern eine einflußreiche Deputation dem Lordmayor in Mansionhouse ihre Aufwartung, um dessen Beistand namentlich bei Anstellung von Sammlungen in Anspruch zu nehmen. Später fand im Bridge-Street-Hotel unter Vorsitz des Parlamentsmitgliedes Lodge eine öffentliche Versammlung statt, um dem verbreiteten Gefühl Ausdruck zu geben, daß es nach dieser neuen Ueberschwemmung für die tieferliegenden Gegenden eine dringende Nothwendigkeit geworden sei, durch Dammbauten und andere Vorrichtungen der Wiederkehr gleicher Nothstände vorzubeugen. Es wurden mehrere dahingehende Beschlüsse angenommen. — Von der Nordpol-Expedition ist durch Capitän Nares, den Commandeur derselben, aus Upernivik vom 22. Juli eine Meldung an die Admiralität eingetroffen, nach welcher die Ausfahrten der Fahrt vortrefflich sind. Nares hatte die Eisgrenze, ohne den eigentlichen Rohlenvorrath anzugreifen zu müssen, erreicht, 60 tüchtige Schlittenhunde gekauft, Treiber und Dolmetscher gemietet und wollte denselben Abend weitersegen.

Amerika.

New-York, 6. Novbr. In der Stadt New-York sind die Wahlen überwältigend zu Gunsten der gesammten gegen die Tammanybände vereinigten demokratisch-republikanischen Opposition ausgefallen. Die ganze Liste der Tammany-Candidaten wurde geschlagen, und Anti-Tammanydemokraten sowie Republikaner theilen sich in die Aemter. Hervorragend unter den Aemtern ist das des Records (Strafrichters) und das des Districtstaatsanwalts. Für beide

